

2016-03-15

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen mit dem Haupt- und Personalausschuss zum Haushalt am 17.02.2016

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:45 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Kuras, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, eröffnete die gemeinsame Sitzung und die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses mit derzeit neun Mitgliedern fest.

Für den Ausschuss für Finanzen stellte **Herr Weber** als Vorsitzender die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses mit derzeit 8 Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Weber, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, machte den Vorschlag den Tagesordnungspunkt 6, Rahmenkonzeption für das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte, vor dem Tagesordnungspunkt 5 zu behandeln, da dieser Beschluss auch den Haushalt beeinflusst.

Herr Weber regte des Weiteren an, die Leitung der gemeinsamen Sitzung Herrn Oberbürgermeister Kuras zu übertragen. Im Falle von erforderlichen Abstimmungen werden die Ausschussmitglieder durch den jeweiligen Ausschussvorsitzenden separat befragt.

Dagegen wurden seitens der Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses sowie der Mitglieder des Finanzausschusses keine Einwendungen vorgebracht.

Hinsichtlich der Protokollierung der Sitzung bat **Herr Weber** deutlich in die Mikrofone zu sprechen.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Finanzen: 08:00:00

Haupt- und Personalausschuss: 09:00:01

3 Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen wurden nicht vorgebracht.

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

Es wurden keine Anfragen bzw. Informationen geäußert.

5 Rahmenkonzeption für das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte **Vorlage: BV/404/2015/I-41**

Einführend verwies **Herr Oberbürgermeister Kuras** auf die Diskussion in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses, in der vereinbart wurde, diese Beschlussvorlage noch einmal zu behandeln und dabei auch Aussagen zum Georgium sowie zum Museum für Stadtgeschichte zu treffen.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, merkte eingehend an, dass eine geänderte Beschlussvorlage ausgereicht wurde. Nach intensiven Beratungen in den vergangenen Ausschusssitzungen hatte es einen Kompromissvorschlag gegeben, welcher Berücksichtigung fand. Es sollte die Aufforderung eingearbeitet werden, dass sich bei der Konzeption auch an den Anforderungen einer Landesgartenschau orientiert wird. Daneben gab es den Wunsch, die notwendigen Haushaltsmittel auf zwei Jahre aufzuteilen. Des Weiteren sollte ein Zeitplan sowie nähere Ausführungen zur Erarbeitung eines Museumskonzeptes vorgelegt werden. Diese Forderungen wurden in der geänderten Beschlussvorlage berücksichtigt. In der zusätzlichen Anlage sind neben den Ausführungen zur konzeptionellen Ausgestaltung auch Aussagen zu finanziellen Belastungen, welche mit der konzeptionellen Umsetzung verbunden sind, zum Personalbedarf sowie zum zeitlichen Ablauf der konzeptionellen Weiterentwicklung der Museumslandschaft, enthalten.

Herr Steffen Kuras, Leiter des Amtes für Kultur, ergänzte, dass es vordringlich Bemühungen zur Fertigstellung des Schlosses Georgium gibt, damit dort wieder die Anhaltische Gemäldegalerie untergebracht werden kann. Ziel ist eine Realisierung bis zum Jahr 2019, allerdings fehlen für die Fertigstellung derzeit noch über 2 Mio. €. Geplant ist eigentlich noch viel mehr, u. a. die Sanierung Fassade und des Blumengartenhauses, allerdings gibt es momentan noch keine ausreichende Finanzierung, um eine Wiederöffnung realisieren zu können. Auf das Museum für Stadtgeschichte eingehend erklärte er, dass hier nichts begonnen wird, so lange das Interim der Gemäldegalerie dort drin ist. Erst für das Jahr 2020 ist eine Neukonzeption dieses Museums vorgesehen. Weiterhin wurde berechnet, was die Umsetzung eines neuen Konzeptes kosten würde. Für eine neue Gestaltung des Naturkundemuseum werden bis zu ca. 3.000 € pro m² gebraucht.

Beim Stadtgeschichtlichen Museum handelt es sich um 1.500 € bis 2.000 € pro m², was anhand der Flächen ausgerechnet und entsprechend dargestellt wurde. Es wurden außerdem Aussagen zum Personal in den jeweiligen Häusern getroffen. Hierbei gibt es noch einmal den Hinweis zur Anhaltischen Gemäldegalerie, dass die bisher angestrebten Kooperationen bzw. Übertragungen an die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz oder an die Stiftung Dome und Schlösser nicht zustande gekommen sind, so dass man sich wieder sehr schnell personell aufstellen muss. Noch in diesem Jahr wird eine Stelle für Registrar- und Verwaltungsaufgaben benötigt. Auch das Technikmuseum wurde mitbetrachtet und es wäre wünschenswert, dass der Verein im Jahr 2018 bei seiner Neuausrichtung unterstützt und bezuschusst wird. Diesbezüglich finden noch Gespräche statt. Bis jetzt wurden 30.000 € für das Jahr 2018 vorge schlagen.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte an, dass mit der Beschlussvorlage weiterhin die Rahmenkonzeption verfolgt wird. Hierbei geht es um die Planung und nicht um eine Umsetzung. Die erforderlichen Mittel i. H. v. 80.000 € werden auf zwei Haushaltsjahre, je 40.000 €, aufgeteilt. Des Weiteren wird die Einbringung der Inhalte der Landesgartenschau in das Konzept geprüft.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, wies darauf hin, dass das Museumskonzept eigentlich viel zu kurz gegriffen ist und schon seit mehreren Jahren auf ein Kulturentwicklungskonzept gewartet wird. Es kann nicht nur ein Baustein entwickelt werden, vielmehr sollte eine Gesamtidee vorhanden sein. Es wird in diesem Fall angefangen, etwas von unten aufzubauen. Die Grundidee, weshalb hieran gearbeitet wurde, war ein Museumsverbund, welcher jedoch nicht zustande kommt. Aufgrund der Aufgaben kann das Naturkundemuseum nicht mit dem Museum für Stadtgeschichte zusammengebracht werden. Es sollte vielmehr überprüft werden, ob das Stadtgeschichtliche Museum mit dem Stadtarchiv zusammenarbeiten könnte.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, gab an, dass die vorgelegten Unterlagen nicht dem entsprechen, was in der vergangenen Sitzung besprochen wurde. Durch einen Stadtratsbeschluss wurde sich verbindlich darauf geeinigt, dass ein Gesamtkulturentwicklungskonzept auf den Weg gebracht wird, was jedoch bisher ignoriert wurde. Die Verwaltung hat nun Bausteine entwickelt, um Lösungen für die problematischsten Themen zu offerieren. Dennoch wird eine ganzheitliche Betrachtung benötigt. Daher ist es nicht der geeignete Weg, an den Nebenschauplätzen zu beginnen. Unabhängig davon, dass es dringenden Handlungsbedarf im Georgium sowie im Naturkundemuseum gibt, sind auch das Konzept und die gegenwärtige Präsentation des Stadtgeschichtlichen Museums zu überarbeiten. Dieser Thematik muss man sich offensiver, konstruktiver sowie ganzheitlich stellen. Die ausgearbeitete Vorlage stellt für das Naturkundemuseum eine qualifizierte Arbeit dar und kann auch in das zukünftige Konzept mit einfließen. Die Fraktion Die Linke möchte keinen Rückschritt machen, sondern fordert ein ganzheitliches Kulturentwicklungskonzept, mit allen Facetten die dabei ausgelotet werden müssen. Das ist eine große Herausforderung und sehr aufwendig, dennoch sollte man nicht hinter den gestellten Ansprüchen. Vor diesem Hintergrund bat er darum, sich umgehend gemeinschaftlich über die Arbeitsschritte zu verständigen, in denen die heute vorliegende Beschlussvorlage ihren Platz findet.

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnete, dass in der kurzen Zeit kein Kulturentwicklungskonzept für die Stadt entstehen konnte. Des Weiteren ist es fraglich, welche Zeithorizonte durch welche Entscheidungen erreicht werden können.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellte fest, dass die vorliegende Beschlussvorlage kein Zurückweichen vor einem Kulturentwicklungskonzept ist. Der Beschluss wurde vor etwa sieben Jahren gefasst und der Stadtrat hätte bereits den ehemaligen Oberbürgermeister dazu drängen können, die angefangenen Arbeiten des damaligen Dezernenten fortzusetzen, was jedoch nicht mit letzter Konsequenz getan wurde. Die Forderung aus der letzten Sitzung, dass ein Gesamtansatz für die Museen aufgezeigt wird, ist mit dieser Beschlussvorlage in Grundzügen geschehen. Diese Einzelbausteine sollten nicht vom Stadtrat zerredet, sondern auf den Weg gebracht werden. Wenn man das Gesamtwerk erneut über die einzelnen Bausteine stellt, entsteht wieder ein Zeithorizont von zwei bis drei Jahren, bevor etwas begonnen wird. Damit wäre es zu spät, noch etwas für das Bauhausjubiläum im Jahr 2019 sowie für die Landesgartenschau im Jahr 2022 umzusetzen. Die Fraktion Pro Dessau-Roßlau hat sich aus diesem Grund dafür entschieden, der Vorlage zuzustimmen und das Thema anzugehen.

Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, merkte an, dass die Forderungen aus der vergangenen Sitzung in kürzester Zeit erfüllt wurden, allerdings mit den befürchteten Inhalten. Der Ansatz, nicht die gesamte Planung voranzutreiben, ist verständlich. Jedoch ist der Beschluss weitreichender, da für die nächsten 20 Jahre Mittel i. H. v. über 1 Mio. € für Bereiche festgeschrieben werden, die derzeit keine große Effizienz vorweisen. Es gibt Lösungen bzgl. der Aufbewahrung der Kulturgüter, allerdings fehlt ein Überblick darüber, welche Kulturgüter in den Depots gefährdet sind. Daraus ist die Frage ableitbar, wie es um die wissenschaftliche Sammlung steht. Die Betrachtung sollte ganzheitlich erfolgen, da es Lösungsansätze gibt, die gemeinsam einfacher funktionieren. Fraglich ist die Herangehensweise und ob der Prozess für drei Jahre angelegt wird. Diesem vorliegenden Einzelbaustein kann nicht zugestimmt werden, zumal die 80.000 € in der momentanen Haushaltssituation wehtun würden. Daher wird es keine Zustimmung seitens der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen geben.

Herr Oberbürgermeister Kuras erwiderte, dass sich die Rechtskraft dieses Beschlusses nur auf 80.000 € und nicht mehr erstrecken würde.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, sprach sich für die Beschlussvorlage aus, da an einer Stelle angefangen werden muss. Die Nachbesserung der Beschlussvorlage ist erfolgt. Auch wenn ein ganzheitliches Konzept gefordert ist, sollte nicht noch länger gewartet werden, da es am Ende Summen für alle Standorte gibt, die nie finanziert werden können.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, merkte an, dass sie bereits im letzten Haupt- und Personalausschuss darauf verwiesen hatte, dass jetzt etwas angepackt und nicht nur geredet bzw. abgewartet werden sollte, da ein Einzelbaustein besser als gar nichts ist. Wie bereits im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport werden sie auch heute der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, machte darauf aufmerksam, dass sich die Beschlussvorlage nicht nur auf 80.000 € bezieht. Die Beschlussvorlage sowie das Konzept setzen voraus, dass sich langfristig auf zwei Museen dieser Art in Dessau-Roßlau verständigt wird. Es sollte nicht vergessen werden, dass mit der Konsolidierung, die im Jahr 2019 abgeschlossen werden soll, die Stadt nicht am Ende ihres Weges sein wird, da Dessau-Roßlau den höchsten Kulturhaushalt aller Städte in ganz Deutschland hat und es selbstverständlich Einschnitte geben muss. Auch vor dem Hintergrund, die vom Land verweigerten 3 Mio. € für das Anhaltische Theater selbst aufzubringen, muss sich darauf geeinigt werden, was man zukünftig noch für Kultur aufbringen kann. Ebenfalls muss demnächst darüber geredet werden, wo die 4, 5 Mio. € Investitionsstau für das Theater herkommen sollen. Des Weiteren ist die Frage der räumlichen Situation des Naturkundemuseums zu klären. Dadurch werden noch einmal mehr als 2 Mio. € für die Räumlichkeiten hinzukommen. In diesem Moment soll eine Detailplanung in Auftrag gegeben werden, welche voraussetzt, dass der Standort beibehalten und eine Grundsatzentscheidung zum Erhalt des Museums getroffen wird. Diese Zeit muss sich in der jetzigen Haushaltssituation genommen werden, was nur innerhalb eines abgestimmten Gesamtkonzeptes geht.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, erklärte, dass sich bei der Diskussion zu diesem Thema auch die Frage stellt, ob es nicht technisch, finanziell und baulich sinnvoll wäre, die an verschiedenen Stellen liegenden Sammlungen und Bestände in einem Zweckbau zu vereinigen. Eine Unterbringung könnte damit sehr viel preiswerter und technisch rationeller gewährleistet werden. Das Land Sachsen-Anhalt hat das beispielhaft mit dem Landeszentralarchiv im Magdeburg gemacht. In einem solchen Zweckbau, könnten alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Bestände des Naturkundemuseums, des Stadtarchives, der Wissenschaftlichen Bibliothek und anderer Sammlungen an einer Stelle unterzubringen. Diese Überlegung geht in dieses Konzept mit ein. Die Fraktion hat bedenken, dass eine andere Möglichkeit, die sich aus dem Verbund ergeben könnte, nicht betrachtet wird, wenn es jetzt bereits um die bauliche Ausgestaltung geht. Ähnliche Diskussionen könnten auch über das Zusammenwirken an anderen Stellen geführt werden. Eine dezentrale Lösung könnte sehr viel teurer und unzweckmäßiger sein.

Frau Storz, gab an, dass die **SPD-Fraktion** der Beschlussvorlage zustimmen wird, da durch die zusätzlichen Anlagen die Forderungen aus der letzten Sitzung erfüllt wurden. Es gibt einen zeitlichen und finanziellen Gesamtüberblick, wie die Museen in den nächsten Jahren befördert werden können. Auf die Aussagen von Herrn Dr. Melchior eingehend, merkte sie an, dass in der Beschlussvorlage steht, dass eine Nachnutzung an dem jetzigen Standort nicht erreicht werden kann und es schwierig ist, an diesem zentralen Ort das Museum herauszunehmen. Des Weiteren ist es erfreulich, dass in der Beschlussvorlage ein Verbund der Museen Beachtung findet. Hierbei handelt es sich seit den 1990er Jahren um ein Anliegen der SPD-Fraktion, da die Schätze der Stadt durch einen gemeinsamen Marketingauftritt und in einem Verbund besser vermarktet, präsentiert und touristisch besser erschlossen werden können. Hierzu sind natürlich weitere Konzepte und ggf. auch Klausuren notwendig. Nach dem jetzt vorliegenden Gesamtüberblick teilt sie die Auffassung, dass begonnen werden sollte, da die 80.000 € nicht vergeblich ausgegeben werden und die Zeit des Weges genutzt werden kann, um über die weiteren Dinge nachzudenken.

Herr Schwabe, CDU-Fraktion, merkte an, dass es Zeit wird ein Signal für das Jahr 2019 zu setzen, da zu diesem Zeitpunkt die Umgestaltung abgeschlossen sein könnte. Sollte es jedoch noch weiter hinausgeschoben bzw. nicht begonnen werden, kommt irgendwann der Punkt, dass einzelne Ablehnungen formuliert werden, die einem Gesamtkonzept im Wege stehen. Das Ziel ist der Verwaltung bekannt und man kann es sich nicht leisten, eine Kulturlandschaft zerschlagen zu hinterlassen. Die vergangenen Jahre waren vertan genug, denn man hätte schon eher etwas vorantreiben müssen. Es sollte in die Planung eingestiegen und etwas bewegt werden.

Frau Ehlert erwiderte, dass seit Jahren die Museen im Haushaltskonsolidierungskonzept stehen und seither darauf aufmerksam gemacht wird, dass daran im Gesamtverbund gearbeitet werden muss. Daher stammt auch die Idee des Museumsverbunds. Bevor die Einzelbausteine betrachtet werden, muss erst einmal feststehen, was das Ziel sein soll.

Herr Schönemann verwies auf die eindeutige Beschlusslage, durch die ein qualifiziertes Kulturentwicklungskonzept seitens der Verwaltung vorzulegen ist. Es liegen viele Studien vor, aus denen eigentlich nur die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen werden müssten. Nun werden Details präzisiert, die kostenseitig vollendete Tatsachen schaffen. Im Detail muss sich, z. B. zur Problematik der Reform des Anhaltischen Theaters, grundverständlich werden. Wenn die Ziele feststehen, kann auch einer solchen Detailentwicklung beigetreten werden. Diese Forderungen gibt es seit 10 Jahren und immer wieder gibt es Ausreden, warum es nicht funktioniert.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass mit diesem Baustein noch keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden, jedoch hat er für beide Seiten der Debatte Verständnis. Er machte den Vorschlag, sich in den nächsten Tagen mit dem zuständigen Beigeordneten Herrn Dr. Reck zu verständigen, um schnellstmöglich einen Plan im Haupt- und Personalausschuss oder im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport vorzulegen, wie ein Gesamtkonzept erreicht wird. Der heutige Beschluss könnte hinsichtlich der Kosten auch für ein Gesamtkonzept interessant sein. Er teilt die Auffassung, dass nicht von vorne begonnen werden muss, da eine Reihe von Dingen vorliegen, die kritisch bewertet und zusammen gebracht werden müssen.

Herr Eichelberg stellte fest, dass alle ein ganzheitliches Konzept wollen. Das Angebot des Oberbürgermeisters sollte angenommen und der Beschluss ergänzt werden, da der Verwaltung damit eine konkrete Aufgabe gegeben wird, an der gearbeitet werden muss. Es gibt jetzt eine kleine Richtung, alles andere wird sich ergeben, jedoch fällt man nicht hinter die Erwartungen zurück.

Auch **Herr Adamek** merkte an, dass grundsätzlich ein ganzheitliches Konzept gewollt ist. Dennoch wird es Zeit, dass mit einer Sache begonnen wird. Daher sollte der vorgeschlagene Zusatz eingefügt werden. Damit gäbe es in einem halben Jahr ein ganzheitliches Konzept, angelehnt an diese Beschlussvorlage.

Herr Dr. Melchior machte den Ergänzungsvorschlag, dass der Beschluss vorbehaltlich gefasst und die eingestellte Summe gesperrt wird, bis das Kulturentwicklungskonzept vorliegt.

Das Geld für ein vernünftiges Museumskonzept muss ohnehin angefasst werden, stellte **Herr Bönecke** fest. Aus diesem Grund ist dieser Teilabschnitt für das Naturkundemuseum jetzt ein Schritt, der über die Planung hinaus nicht bindet, jedoch eine Grundlage für das Gesamtkonzept bildet. Wenn die Verwaltung jetzt mit einem Museumskonzept beauftragt wird, wo über die Gesamtfinanzierung entschieden werden muss, würden für alle Museen Konzeptionskosten i. H. v. ca. 240.000 € anfallen. Daher könnte jetzt der Teilabschnitt auf den Weg gebracht werden, damit die Verwaltung den notwendigen Vorlauf erhält und rechtzeitig Mittel beantragen kann, wenn es um die Umsetzung gehen soll. Bezüglich der Fördermittelanträge wurde in der letzten Haupt- und Personalausschusssitzung sehr deutlich gesagt, was die Fördermittelgeber für Voraussetzungen haben. Diese sollte an der Stelle geschaffen werden. Darüber hinaus sollte an den anderen drei Museen mit entsprechenden Grundlagenkonzepten gearbeitet werden.

Herr Schönemann schlug vor, den Gedankengang des Oberbürgermeisters aufzunehmen, da es gute Erfahrungen mit den interfraktionellen Arbeitsgruppen gibt. Wenn das Gerüst steht, ist auch klar, wo das Naturkundemuseum zu platzieren ist. Das gleiche trifft für den finanziellen Rahmen der Dinge zu, die wir uns kulturell leisten können. Auch bei den weiteren kulturellen Einrichtungen, muss ein finanzieller Rahmen vorgegeben und festgestellt werden, ob die Finanzierung ausreicht oder nicht. Vor diesem Hintergrund bat er darum, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zum Gesamtkonzept Kultur einzuberufen. Dadurch kann schnell ein Vorlaufprozess geschaffen werden.

Herr Dr. Reck unterbreitete den Vorschlag, dass vor der Einberufung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, die Einrichtungsleiter und die Verwaltung eine gemeinsame Klausurtagung durchführen. Hierbei sollten die geleisteten Vorarbeiten der Einrichtungen besprochen werden. Die Ergebnisse könnten dann in eine interfraktionelle Arbeitsgruppe oder in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport gegeben werden. Am Ende dieser Klausurtagung muss ein Ergebnis vorliegen und es sollten Kompromisse gefunden werden. Die Verantwortung ist an die Einrichtungsleiter und an das Dezernat für Wirtschaft und Kultur zu übergeben. Auch die Dinge, die im Rahmen des Konzeptes für das Naturkundemuseum entstehen, sind hierbei sehr hilfreich, da auch Aussagen zu den Kosten getroffen werden. Die Arbeitsgruppe in der Verwaltung erhält den klaren Auftrag, bis nach der Sommerpause (im Oktober) einen Entwurf vorzulegen, in dem erkennbar ist, dass es einen Konsens zwischen den Einrichtungen gibt. Von den städtischen Kultureinrichtungen kann erwartet werden, dass sie gemeinsam etwas Tragfähiges erarbeiten, wenn ihnen durch den Stadtrat mit dieser Beschlussvorlage das Vertrauen ausgesprochen wird.

Bezüglich der Aussage von Herrn Dr. Reck, dass diese Beschlussvorlage ein Vertrauensbeweis wäre, um etwas anderes umsetzen zu können, stellte **Herr Weber** fest, dass diese nicht zu dem sonst sehr konstruktiven Vorschlag passt und verwies darauf, dass über 80.000 € zusätzlich beschlossen werden sollen. Es soll eine Feinkonzeption entwickelt werden, obwohl im Rahmen der Haushaltsdebatte erst einmal darüber diskutiert werden muss, ob es noch diese Anzahl an Museen geben wird. Wenn hinterher kein Geld für die Umsetzung des Konzeptes vorhanden ist, nützt es nichts, jetzt die 80.000 € auszugeben.

Herr Adamek merkte an, dass sich bereits mit den Zuschüssen für das Theater zu dieser Kulturlandschaft bekannt wurde. Die Verwaltung bekennt sich nun erneut zu einem Teil der Kulturlandschaft bzw. zu einem Museum mit dem bestehenden Standort. Wenn die Verwaltung sagt, dass der Standort gut ist und erhalten bleiben soll, sollte das unterstützt werden. Das vorliegende Grobkonzept hat Qualität, daher sollten die Fachleute ihre Arbeit aufnehmen. Der Vorschlag von Herrn Dr. Reck sollte angenommen werden, damit bis Oktober ein ganzheitliches Museumskonzept vorliegt.

Vor dem Hintergrund, dass die Innenstadt gestärkt werden soll, verwies **Herr Oberbürgermeister Kuras** darauf, dass gegenüber dem Bauhausmuseum keine leerstehende Ruine gewollt ist.

Herr Schönemann ging auf das Angebot von Herrn Dr. Reck ein und merkte an, dass es positiv ist, dass sich die Verwaltung der Arbeitsgruppe stellen möchte und einen Rahmen konzipiert, über den bereits konzeptionell und fiskalisch gesprochen werden kann. Es sollte jedoch nicht als Option übergeben und bis Oktober gewartet werden. Zur Realisierung der Vorhaben bis zum Jahr 2019 muss der Arbeitskreis umgehend in den nächsten vier bis fünf Wochen auf den Weg gebracht werden. Um den Vorgesetzten dann zuzustimmen, muss es in eine erste konzeptionelle Rahmenorientierung eingebunden werden, damit schrittweise eine gemeinschaftliche sowie verbindliche Lösung erarbeitet wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras regte folgenden modifizierten Beschlussvorschlag an:

6. Der Oberbürgermeister und der Beigeordnete für Wirtschaft und Kultur werden aufgefordert, in einem Zeitraum von etwa vier Wochen einen Fahrplan zur Erstellung eines Kulturentwicklungskonzeptes, mit entsprechenden Kosten für die Erstellung des Konzeptes, vorzulegen. Es wird umgehend eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Begleitung des Prozesses der Erstellung dieses Kulturentwicklungskonzeptes gebildet. Ziel ist es, bis etwa September/Oktober einen ersten Entwurf für einen Kulturentwicklungsplan vorzulegen.

Obwohl bereits gute Erfahrungen in solchen prioritären Angelegenheiten, wie z. B. die Überarbeitung der Hauptsatzung, gesammelt wurden, gibt es an dieser Stelle den zuständigen Ausschuss für Kultur, Bildung Sport, erklärte **Herr Bönecke**. Aus diesem Grund bat er darum, keine gesonderte Arbeitsgruppe einzuberufen, da das eine Mehrbelastung für die beteiligten Stadträte darstellen würde.

Frau Storz unterstütze die Aussage von Herrn Bönecke, da sich die Mitglieder des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport schon lange mit diesem Thema beschäftigt haben. Wenn Entscheidungen anstehen oder bestimmte Vorlagen im Kulturausschuss behandelt werden, sollten die Fraktionsvorsitzenden oder weitere Personen eingeladen werden. Ein weiteres Gremium, das neben dem zuständigen Ausschuss arbeitet und koordiniert werden muss, wäre wenig ertragreich. Des Weiteren sprach sie sich gegen diese konkrete Formulierung aus, da es offen ist, ob es bis September geschafft wird. Der Vorschlag von Herrn Dr. Reck, dass sich zunächst die zuständigen Mitarbeiter zu diesem Thema befinden, ist zu unterstützen.

Herr Dr. Reck ging noch einmal auf seinen Vorschlag ein, dass zunächst gemeinsam mit den Einrichtungsleitern bis Oktober etwas erarbeitet wird, was dann in die Diskussion gehen wird. Er betonte, dass das Naturkundemuseum eine zentrale Einrichtung für die Stadt ist und immer von Bedeutung sein wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras erwiderte, dass eine Beteiligung des Stadtrates zu spät wäre. Zu klären ist, ob ein neues Gremium oder der Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport beteiligt wird.

Hinsichtlich des Vorschlages, den Kulturausschuss zu beauftragen, erklärte **Herr Schönemann**, dass dieser die Chance hatte, das Thema jederzeit zu begleiten. Bisher gibt es gute Erfahrungen hinsichtlich der Erarbeitung durch die interfraktionelle Arbeitsgruppe. Dort könnten auch die Mitglieder des Kulturausschusses intensiv mitarbeiten, da es ohne Fachleute nicht geht. Der Prozess kann beschleunigt werden, da bis Oktober zu viel Zeit vergeht. Der vorgeschlagenen Formulierung des Oberbürgermeisters stimmt er zu. Er unterbreitete ergänzend den Vorschlag, die Punkte der Beschlussvorlage einzeln abzustimmen.

Herr Weber überstütze die Aussage von Herrn Schönemann. An Frau Storz gerichtet merkte er an, dass es sich nicht nur um eine kulturpolitische Entscheidung handelt, sondern auch um die Grundlagen der für diese Stadt zu treffenden Finanzentscheidungen geht. Ein Haushalt mit einem so hohen Kulturanteil wird in der Zukunft nicht mehr bestehen können.

Herr Eichelberg stimmte der Aussage zu, dass auch die Entscheidungsträger der Fraktionen mit einbezogen werden müssen, jedoch sei die Bildung einer zusätzlichen Arbeitsgruppe nicht erforderlich. Vielmehr sollte der Kulturausschuss erweitert werden. Die Basis wäre damit vorhanden und es müsste nur angegeben werden, mit welchen Fraktionsmitgliedern der Ausschuss erweitert werden soll. Des Weiteren sollte heute ein Termin festgelegt werden.

Der Vorschlag von Herrn Dr. Reck hat Substanz, stellte **Herr Schwabe** fest. Ein zusätzliches Gremium sei nicht geeignet, da der Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport zuständig ist. Wenn es um die Verteilung von Geldern geht, wäre der Ausschuss für Finanzen zu beteiligen. Auch der gesamte Stadtrat wird noch einmal darüber beschließen. Das Thema zusammenzuführen und es begleiten zu lassen, ist eine gute Idee, jedoch sollten enge Terminketten gesetzt werden.

Herr Fackiner erklärte, dass auch seine Fraktion diesen Weg mitgehen könnte. Er hat jedoch die klare Erwartungshaltung, dass es Handlungsalternativen gibt, da nur dann das Problem diskutiert werden kann. Des Weiteren plädierte er für die interfraktionelle Arbeitsgruppe, da sich diese auch mehrmals die Woche treffen könnte und nicht auf die Abläufe der Verwaltung (z. B. die Einhaltung von Einladungsfristen) angewiesen ist. Jede Fraktion kann entscheiden, wen sie in diese Arbeitsgruppe sendet, das könnten auch die Mitglieder des Kulturausschusses sein.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte an, dass die Fraktionsvorsitzenden ohnehin an allen Ausschusssitzungen teilnehmen können. Fraglich ist, ob formal ein neues Gremium benötigt wird. Es darf allerdings nicht so weiterlaufen wie bisher, sondern es müssen verbindliche Aussagen getroffen werden.

Herr Schönemann ging erneut auf den Vorschlag der Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe ein und betonte, dass die Erfahrungen in vielfacher Hinsicht positiv waren. Als Beispiel nannte er die Arbeitsgruppe zum Anhaltischen Theater. Da es sich um eine ähnlich schwierige Situation handelt, sollte systematisch, unter Beteiligung der Fachbereiche, gearbeitet werden.

Vor dem Hintergrund, dass im Interesse der Stadt gehandelt werden sollte, machte **Herr Adamek** den Vorschlag, dass der Kulturausschuss für das nächste halbe Jahr so strukturiert wird, dass er beispielsweise alle vier Wochen tagt und jedes Mal diesen Punkt auf der Tagesordnung hat. Die Einrichtungsleiter sowie der zuständige Dezernent sind vor Ort und es wird sich in jeder Sitzung mit diesem Thema auseinandergesetzt. Fortlaufend dazu könnten Klausuren stattfinden, um die Ausschusssitzungen entsprechend vorzubereiten. Dadurch entsteht die Möglichkeit, gemeinsam mit allen Fraktionen und Einrichtungen zügig voranzukommen. Dieser Vorschlag wäre eine Alternative, um in sechs Wochen etwas vorlegen zu können, was die politischen Interessen mit den Interessen der Stadt verbindet.

Herr Eichelberg merkte an, dass eine federführende Begleitung durch den Kulturausschuss vertretbar ist. Wenn der Ausschuss dann weitergekommen ist, könnte eine interfraktionelle Runde die Ergebnisse betrachten.

Herr Oberbürgermeister Kuras gab an, dass auch eine Beteiligung des Haupt- und Personalausschusses in größeren Zeitabständen möglich wäre. Im Grundkonsens wird parallel gearbeitet. Die Feinplanung wird vorangetrieben, jedoch wird ein ganzheitliches Konzept dabei nicht aus den Augen verloren. Bezüglich der Art und Weise der Begleitung durch den Stadtrat schlug er vor, dass zunächst der Kulturausschuss beteiligt wird. Wenn die Fraktionsvorsitzenden allerdings den Eindruck haben, dass es nicht vorangeht, könnte das Thema auch im Haupt- und Personalausschuss thematisiert werden bzw. die Fraktionsvorsitzenden werden sich untereinander einig, dass eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einberufen wird. Er regte an, den 6. Beschlusspunkt zu beschließen, jedoch zuvor die Formulierung „Interfraktionelle Arbeitsgruppe“ durch „Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport“ zu ersetzen.

Hinsichtlich seines Vorschlages zur Einzelabstimmung der Beschlusspunkte, merkte **Herr Schönemann** an, dass der Beschlusspunkt 5 von seiner Fraktion nicht mitgetragen wird. Nach Kenntnisnahme der Ausschreibung für die Landesgartenschau sei das nicht zielführend und realisierbar.

Herr Oberbürgermeister Kuras erwiderte, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt, der sehr schnell erledigt werden könnte. Daher sollte dieser Punkt beibehalten werden. Anschließend stellten er und Herr Weber die Beschlussvorlage, unter Berücksichtigung des eingefügten Beschlusspunktes 6, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss:	09:00:01
Ausschuss für Finanzen:	05:02:01

6 Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2016

6.1 Haushaltssatzung 2016 Haushaltsplan 2016 Stellenplan 2016 Vorlage: BV/381/2015/II-20

Einführend erklärte **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, dass in der heutigen Sitzung die Anträge aus den Ausschüssen sowie die Anträge der Fraktionen zusammengefasst werden sollen, damit diese dann in den Fraktionen beraten werden können. In der Sitzung am 24.02.2016 soll sich darüber verständigt werden, um dann daraus eine Änderungsliste zu erarbeiten. Parallel dazu ergeben sich auch Änderungen seitens der Verwaltung, welche gemeinsam mit der Änderungsliste in der Sitzung am 30.03.2016 vorgestellt werden. Daraufhin erfolgt die Empfehlung für den Stadtrat. Weiterhin ging sie auf die Beratungen in den Ausschüssen ein:

Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport am 14.01.2016

Es wurde beschlossen, dass jeweils 40.000 € für die Feinkonzeption und die Bauprüfung für das Naturkundemuseum in die Haushaltsplanungen für die Jahre 2016 und 2017 aufzunehmen sind.

Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 19.01.2016

Der Haushalt wurde ohne Änderungen bestätigt und zur Beschlussfassung empfohlen.

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus am 21.01.2016

Der Haushalt wurde ohne Änderungen bestätigt und zur Beschlussfassung empfohlen.

Jugendhilfeausschuss am 26.01.2016

In der Sitzung erfolgte eine Beratung über einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion bzgl. der Unterstützung des Vereins „Helfende Hände“ i. H. v. 66.300 €. Dieser Antrag wurde mehrheitlich bestätigt. Der Haushalt wurde mit dieser Änderung zur Beschlussfassung empfohlen. Das Konsolidierungskonzept wurde in diesem Ausschuss allerdings nicht bestätigt.

Vom Jugendhilfeausschuss wurde des Weiteren ein Prüfauftrag erteilt, der für die Sitzung am 24.02.2016 vorbereitet wird. Anhand von Fallbeispielen wird dargestellt, welche Auswirkungen die Rückführung der Geschwisterermäßigung, die über den gesetzlichen Rahmen hinaus gewährt wird, hat. Dieser Konsolidierungsvorschlag wurde neu in das Konzept aufgenommen, schreibt jedoch nicht explizit vor, dass dieser Weg auch wirklich gegangen wird.

Es ist durchaus möglich, dass sich bei der Umsetzung des Konsolidierungsvorschlages darauf verständigt wird, die Gebühren und nicht die Ermäßigung anzupassen bzw. das beides getan wird, um in maßvollen Schritten vorzugehen. Das würde bedeuten, dass nur ein Teil der Geschwisterermäßigung zurückgenommen und dafür ein Teil durch eine Gebührenanpassung umgelegt wird. Die Vorgehensweise ist noch

offen, allerdings war es der Wunsch des Ausschusses, dass über die Auswirkungen für bestimmte Einzelfälle berichtet wird.

Ausschuss für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz am 10.02.2016
Dem Haushalt wurde ohne Änderungen zugestimmt.

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 12.01.2016 und 16.02.2016
Dem Haushalt wurde mehrheitlich ohne Änderungen und dem Konsolidierungskonzept mit zwei Enthaltungen zugestimmt.

Des Weiteren verwies **Frau Nußbeck** auf folgende, vor der heutigen Sitzung ausge-reichte Unterlagen, welche der Niederschrift als Anlagen 1 bis 4 beigefügt sind:

- Antrag der CDU-Fraktion bzgl. der Bezuschussung des Vereins „Helfende Hände“,
- Antrag der CDU-Fraktion bzgl. der Beschaffung eines Busses für die Kinder- und Jugendfeuerwehr der Freiwilligen Feuerwehr Alten,
- Protokollauszug zur Beratung der Rahmenkonzeption für das Naturkundemu-seum im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport am 14.01.2016,
- Änderungs- bzw. Prüfaufträge der Fraktion Die Linke

Auf die Liste der Fraktion Die Linke eingehend, merkte sie an, dass die Punkte 2, 3, 4, 5, 6 und 10 bereits im Haushalt enthalten sind. Des Weiteren wird der Beschluss zur Bildung der Rücklage aus Pachteinnahmen für Kleingärten umgesetzt, allerdings muss es zunächst ein Beschluss bleiben, da dieser erst mit der Bilanz ausgewiesen werden kann.

Bezüglich der Aussage von Frau Nußbeck, dass bei Fortfall der Geschwisterermäßi-gung ggf. auch die Erhöhung der Beiträge linear angegangen wird, hinterfragte **Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, den Punkt 15 auf der Liste der Fraktion Die Linke.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, erklärte, dass aufgrund des Stadtratsbeschlusses die Tarife der Kindertagespflegepersonen entsprechend des öffentlichen Dienstes immer angepasst werden sollen. Damit wurde eine Dynamisierung der Vergütung beschlossen. Es muss im Haushalt darauf aufmerksam gemacht werden, dass der Tarif bereits um 2,3 % erhöht wurde. Es kann nicht der gleiche Planungssatz beibe-halten werden, wenn bekannt ist, dass es eine Tarifierhöhung gab bzw. bevorsteht. Des Weiteren wurde zugesagt, die Zahlungen an die Kindertagespflegepersonen am Ende des 1. Quartals zu überprüfen, um festzustellen, ob diese noch mit den Vergü-tungen in den Kindertagesstätten, auch hinsichtlich der Sachkosten, übereinstimmen. Es sollte außerdem überprüft werden, inwieweit gesonderte Leistungen für diese Personen, gegenüber einer Kindertageseinrichtung, möglich sind. Damit die Inhalte bekannt sind, wurden die Kindertagespflegepersonen aufgefordert festzuhalten, was sie zusätzlich gemacht haben. Am Ende des 1. Quartals werden diese Angaben be-nötigt.

Herr Weber verwies darauf, dass seine Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen noch keine schriftlichen Änderungsanträge eingebracht hat. Der Antrag der CDU zur Unterstützung des Vereins Helfende Hände wird ausdrücklich unterstützt. Er stellte des Weiteren fest, dass bis heute keine Haushaltsmittel für das Bauhausjubiläum

vorgesehen sind, worüber er irritiert ist. An dieser Stelle muss ein Betrag i. H. v. 90.000 € vorgesehen werden, was nicht nur in dieser Haushaltsplanung erfolgen muss. Auf den Deutschen Evangelischen Kirchentag eingehend merkte er an, dass dieser im Rahmen des Lutherjahres wesentliche Auswirkungen auf die Stadt haben wird. Die Landeskirche hatte sich bereits an die Stadt gewandt, bisher wurde jedoch lediglich zugesagt, dass Räumlichkeiten kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, was bei einem so international bedeutsamen Tag nicht ausreichend ist. Hier sollten zusätzlich 70.000 € eingeplant werden. Für den Fußballverein Dessau 05 sollten wieder 20.000 € in den Haushalt eingestellt werden, da der Verein sehr umfassend dargelegt hat, welche Jugendarbeit geleistet wird. Als ein weiterer wesentlicher Punkt wird die Errichtung eines Integrationszentrums in der Stadt gesehen. Dieser Posten ist allerdings noch nicht finanziell bezifferbar. Obwohl die Unterbringung dezentral erfolgt, sollten die Flüchtlinge die Möglichkeit erhalten, sich zentral treffen zu können. An diesem Ort könnten auch die Bürger auf die Flüchtlinge treffen und die jetzt anlaufenden Maßnahmen umgesetzt werden. Dazu sind zentrale Räumlichkeiten notwendig. Welche Summe hinterlegt wird, zeigt sich im Laufe der Haushaltsverhandlung. Es ist allerdings davon auszugehen, dass dieses Vorhaben durch Bund und Land refinanziert wird, so dass lediglich eine Haushaltsstelle benötigt wird. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, so schnell wie möglich mit Bund und Land in Verhandlungen zu treten, um die Finanzierung einer solchen Einrichtung möglich zu machen.

Bezüglich der Mittel für das Bauhausjubiläum bezog sich **Frau Nußbeck** auf die Seite 857 im Haushaltsplan, Produkt 28121, Zeile 5271300. Demnach sind für das Jahr 2016 35.000 €, für das Jahr 2017 36.000 €, für das Jahr 2018 98.000 € und für das Jahr 2019 65.000 € als Finanzmittel für die Jubiläumsjahre eingeplant.

Herr Steffen Kuras, erklärte, dass es sich bei der ausgewiesenen Summe i. H. v. 35.000 € um Mittel für die Dessau Open, den UNESCO-Welterbetag und einen Zuschuss an die Stiftung Bauhaus zur Durchführung des Bauhausfestes handelt. Mit den 98.000 € sollen die Dessau Open zu einem Höhepunkt weiterentwickelt werden. Zu den 35.000 € sollen mehr Mittel dazu kommen, jedoch wurden die beantragten Fördermittel abgewiesen. Auf das Jubiläum wird dennoch hingearbeitet. Die Stiftung Bauhaus entwickelt ein kuratorisches Konzept, bei dem entsprechende Gebäude, die zum Teil auch im Eigentum der Stadt sind, eine Rolle spielen werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras ging auf die Frage zum Kirchentag ein. Mit Herrn Bodmann, dem Geschäftsführer der extra dafür geschaffenen Gesellschaft, hatte er ein Gespräch bzgl. der finanziellen Beteiligung der Stadt Dessau-Roßlau geführt. Die Stadt möchte wenig bis gar kein Bargeld beisteuern, jedoch bei der Organisation helfen, z. B. durch die kostenlose Überlassung von Veranstaltungs- und Schlafstätten oder durch den Verzicht auf Genehmigungsgebühren. Herr Bodmann und die Evangelische Kirche hatten dagegen keine Einwände vorgebracht. Wenn sich die Mitarbeiter des Rathauses einbringen, müssten die 70.000 € nicht vorgesehen werden.

Herr Weber erwiderte, dass Vertreter der Landeskirche an ihn herangetreten sind und bestätigten, dass eine Summe von etwa 35.000 €, also die zweite Hälfte der notwendigen Kosten, bereits benannt waren. Aus diesem Grund wird der Antrag aufrechterhalten.

Damit sich auch die anderen Fraktionen mit den Anträgen beschäftigen können, bat **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, die Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, diese per E-Mail zu versenden.

Herr Weber versicherte, dass die Anträge am morgigen Tag versandt werden.

Herr Schönemann fragte nach der Übersicht der Investitionen, die in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt angekündigt wurde.

Frau Nußbeck gab an, dass diese Übersicht in der Sitzung am 24.02.2016 verteilt wird.

Auf die von der **CDU-Fraktion** gestellten Anträge eingehend, verwies **Herr Adamek** darauf, dass vom Verein „Helfende Hände“ klar dargelegt wurde, dass Fachkräfte sowie die finanzielle Unterstützung zur Einstellung von Fachkräften benötigt werden. Für das Jahr 2016 ist eine Aufnahme des Vereins in den Teilplan Jugendarbeit des Jugendhilfeausschusses geplant. Vor diesem Hintergrund bat er um Unterstützung aus dem politischen Raum. Ein weiterer Antrag wurde für die Kinder- und Jugendfeuerwehr in Dessau-Alten gestellt, in der sich mittlerweile 17 Kinder aktiv engagieren. Es wird eine Unterstützung i. H. v. 3.000 € benötigt, um ein gebrauchtes Fahrzeug anzuschaffen, womit die Kinder und Jugendlichen zu den Trainingsorten gefahren werden können. Das Fahrzeug soll gleichzeitig für mögliche Einsätze genutzt werden, um die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr zum Einsatzort zu fahren. Standort des Fahrzeuges sollte in Dessau-Alten sein, jedoch könnte es auch von anderen Kinder- und Jugendfeuerwehren genutzt werden.

Frau Ehlert bat darum, die in den Fachausschüssen ausgereichten Materialien zur Verfügung zu stellen.

Frau Nußbeck erwiderte, dass die Präsentationen aus dem Haupt- und Personalausschuss sowie aus dem Finanzausschuss ausgereicht wurden. Weitere Unterlagen gibt es nicht.

Es ist richtig, dass ein Teil der Anträge ihrer Fraktion bereits erledigt sind, erklärte **Frau Ehlert**, denn die Fraktion hat sich bereits zeitig mit dem Thema beschäftigt und es handelt sich auch um die Fortsetzung von Anträgen aus den Vorjahren. Sie verwies des Weiteren auf die vorgeschriebene zweijährigen Überprüfung der Kosten der Unterkunft sowie die Frage, durch wen die noch offenen 10 Mio. € für die Flüchtlinge ersetzt werden. Es sei außerdem erstaunlich, dass in den Fachbereichen keine größeren Diskussionen stattgefunden haben. Bezüglich der Jugendhilfeplanung machte sie darauf aufmerksam, dass auch hier offensichtlich nicht die Tarifierhöhung berücksichtigt wurde. Für das Alternative Jugendzentrum (AJZ) wurden 43.008,40 € Personalkosten eingestellt. Durch die Tarifierhöhung werden nun allerdings rund 47.734 € für eine 35-Stunden-Stelle benötigt, es sei denn, die Stunden wurden herabgesenkt. Das korrespondiert jedoch nicht mit den Sachkosten. Obwohl im Haushalt mehr eingeplant wurde als vom AJZ gefordert, reicht die Differenz nicht aus, um die Personalkosten auszugleichen.

Frau Nußbeck merkte an, dass dieses Thema intensiv im Jugendhilfeausschuss diskutiert wurde und das Fachamt dort Umverteilungen vornehmen möchte. Zurzeit fin-

det eine Evaluation der Einrichtungen statt. Dabei muss betrachtet werden, mit welchem Aufwand welche Ergebnisse erzielt werden und wo die Mittel zielgerichtet hingelenkt werden müssen, um in der Jugendarbeit etwas zu erreichen.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion und Ortsbürgermeister von Rodleben, bezog sich auf den vor der Sitzung ausgereichten Antrag für die Ortschaften Rodleben und Brambach (Anlage 5 der Niederschrift) und verwies darauf, dass aufgrund personeller Schwierigkeiten keine zeitnahe Zuarbeit seitens der örtlichen Verwaltung Rodleben möglich war, wodurch die Einbringung durch die Änderungsliste erfolgt. Die auf der Liste rot markierten Zahlen sind bereits im Haushalt enthalten. Durch die weiteren beantragten Positionen entsteht ein Gesamtbedarf i. H. v. 117.600 €. Als Deckungsquelle schlug er vor, den Erwerb von Geräten und Fahrzeugen zur Geschwindigkeitsüberwachung i. H. v. 122.000 € auf die Folgejahre zu verschieben. Der Bedarf liegt unter den für Investitionen vereinbarten 250.000 €, was jedoch nicht bedeutet, dass keine weiteren Maßnahmen mehr in Rodleben durchgeführt werden müssen. Auch dieser Antrag wird noch einmal an die Fraktionen per E-Mail versandt.

Herr Weber merkte an, dass der Ortschaft Rodleben durch den damals ausgehandelten Eingemeindungsvertrag ein eigenes Budget in weit größerer Höhe zur Verfügung steht und immer wieder betont werden muss, dass Rodleben jedes Jahr mehr als 100.000 € den anderen Ortschaften oder dem Haushalt überlassen hatte. Es handelt sich dabei um kein Geschenk, sondern es ist der Verzicht auf mehr was eigentlich zusteht. Des Weiteren wird er in diesem Jahr anders als bisher an die Haushaltsberatungen herangehen. Bisher hatte er für alle Forderungen auch Deckungsquellen aufgezeigt, während andere Stadträte das aufgrund der Haushaltsabschlüsse nicht getan haben und die Verwaltung damit aufgefordert wurde, eine Deckungsquelle zu finden. Bei streitbaren Themen wurde von der Verwaltung gesagt, dass es sich um eine politische Entscheidung handelt. In Vorbereitungen auf diesen Haushalt hatte er sich mit den anderen Fraktionen darauf verständigt, dass das genauso zurückgespielt wird. Es werden Veränderungen im politischen Sinne priorisiert, die vielleicht vorher nicht von der Verwaltung erkannt wurden. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung beauftragt, bis zur nächsten Haushaltsausschusssitzung die Deckungsquellen zu benennen. In den letzten Jahren wurde in beispielhafter Weise Haushaltskonsolidierung betrieben und im Moment wird davon ausgegangen, dass trotz der Mehrbelastungen im Jahr 2019 nur noch 20 Mio. € Kredite überbleiben. Dabei wird es sich um Kredite für neue Maßnahmen handeln. Die Altschulden werden bis dahin abgetragen sein. Das zeugt von großer Disziplin, wenn man gleichzeitig bedenkt, dass bisher Sozial-, Jugendhilfe- und Kulturausgaben in einer Art und Weise getragen wurden, wie es andere Städte nicht getan haben. Es muss jetzt über Strukturen und Grundsätze gesprochen werden, da der enorm hohen Standard in der Kultur nicht mehr auf Dauer gehalten werden kann, wenn ab dem Jahr 2019 wieder richtig investiert werden soll, z. B. für Straßenreparaturen. Hier gibt es einen Rückstau, da eigentlich 1,3 Mio. € jährlich benötigt werden. Vor zwei Jahren wurde die Grundsatzentscheidung für das Anhaltische Theater getroffen und es liegen 4,5 Mio. € Investitionsstau beim Theater brach.

Pro Jahr verliert die Stadt 8 Mio. € an Anlagevermögen im Städtischen Klinikum, da nicht genügend vom Land erstattet wird. Daher sollten alle darüber nachdenken, echte Einschnitte, Einsparungen und Strukturveränderungen ins Auge zu fassen, damit nach 2019 wirklich in die Zukunft gewirtschaftet werden kann.

Herr Eichelberg stimmte den Aussagen von Herrn Weber zu und gab außerdem an, dass er nicht darauf vorbereitet war, dass bereits heute Anträge eingebracht werden sollen. Er stellte daher den mündlichen Antrag, dass das Nordmannfest in Mildensee mit 3.000 € unterstützt wird. Des Weiteren fragte er, ob es bereits eine Lösung für den TuS Kochstedt gibt, oder ob dafür noch etwas in den Haushalt eingestellt werden muss.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke und Ortsbürgermeister von Kochstedt, verwies bzgl. des TuS Kochstedt darauf, dass man sich momentan bei der Antragstellung befindet. In der Hoffnung, dass heute eine Beschlussvorlage eingebracht wird, wurden im Vorfeld Gespräche mit dem Referat für Sportförderung geführt. Er stellte den Antrag, für den TuS Kochstedt eine Haushaltsstelle für die Errichtung eines Ballfangzaunes in Höhe von sechs Metern einzurichten. Der Stadt liegen drei Angebote i. H. v. ca. 8.000 € vor. Diese Mittel sind in den Haushalt einzustellen und zu genehmigen.

Herr Eichelberg verwies darauf, dass er seinen Antrag zusätzlich zu dem Budget für die Ortschaftsräte stellt.

Herr Schönemann ging auf den Punkt 4 der Prüfaufträge der Fraktion Die Linke ein, welcher sich auf einen Spielplatz Ecke Wasserwerkstraße/Törtener Straße bezieht. Es ist eine ganzheitliche Analyse der Spielplatzsituation in Dessau-Roßlau sowie eine anschließende Schlussfolgerung über Erhalt, Ausbau, Sanierung und Weiterentwicklung durchzuführen. Es sollten dann Prioritäten gesetzt werden, welche Dinge zuerst erledigt werden, da die Spielplatzlandschaft in der Stadt gewöhnungsbedürftig ist. Hierbei handelt es sich auch um ein Thema, wo sich die Stadtbezirksbeiräte einbringen können. Bezüglich der Kosten wird der fachliche Beistand der Verwaltung benötigt.

Diesbezüglich merkte **Herr Weber** an, dass sich die Spielplätze in unterschiedliche Trägerschaft befinden. Die Forderung ist berechtigt, allerdings handelt es sich um einen großen Arbeitsaufwand.

Da es sich um eine ganzheitliche Problematik handelt, müssen die Verantwortungen geklärt werden, entgegnete **Herr Schönemann**. Des Weiteren beantragte er für das Junkersfest auf dem Flugplatz in Kleinkühnau eine finanzielle Unterstützung i. H. v. 1.000 €. Durch das Fest werden auch die technischen Innovationen dieser Stadt vertreten. Es wäre wünschenswert, dass das Fest im städtischen Konzept nicht nur ein Stadtteilstadtteilfest von Kleinkühnau bleibt. Im Rahmen eines Jubiläums von Junkers wurde auch der Vorschlag eingebracht, Prof. Junkers ein würdiges Denkmal in Dessau-Roßlau zu setzen. Hierbei handelt es sich um ein weiteres Thema, woran weiterhin gearbeitet werden sollte, wenn es darum geht, das Profil der Stadt imageseitig zu schärfen.

Herr Eichelberg stellte fest, dass eine Finanzierung der Feste positiv wäre, da auch die Stadt davon profitiert.

Bezüglich seiner Anfrage in der letzten Stadtratssitzung, ob auch für die Stadtbezirksbeiräte eine Aufwandsentschädigung angedacht ist, erkundigte er sich nach dem aktuellen Sachstand.

Frau Nußbeck erklärte, dass hier eine ähnliche Lösung durch Sitzungsgeld wie bei den Ortschaftsräten angedacht ist. Die Beiräte sollten jedoch zunächst ihre Arbeit aufnehmen und dann kann die Höhe des Bedarfs ermittelt werden.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, gab an, dass keine Straßenbeleuchtung am Jugendclub „Thomas Müntzer“ vorhanden ist, wodurch keine Sicherheit für die Kinder gegeben ist.

Frau Nußbeck versicherte den Hinweis aufzunehmen.

Bezüglich der Nachfrage von **Herrn Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, ob finanzielle Mittel für den Ratssaal vorgesehen sind, merkte **Frau Nußbeck** an, dass die dazugehörige Arbeitsgruppe morgen das erste Mal tagt und sich aus den Ergebnissen ein Bedarf entwickeln wird. Sie bat anschließend darum, die mündlich vorgetragenen Anträge formlos zuzusenden. Seitens der Verwaltung werden diese an die Fraktionen verteilt. In der Sitzung am 24.02.2016 erfolgt dann eine Abstimmung, was in den Haushalt aufgenommen werden kann.

Herr Weber erinnerte an die Konsolidierungsvorschläge aus dem vergangenen Jahr.

Frau Nußbeck erwiderte, dass alle Prüfaufträge beendet wurden. Ein letzter offener Punkt wurde in der gestrigen Dienstberatung des Oberbürgermeisters beraten.

Herr Weber bezog sich konkret auf dem Prüfauftrag zu den Wochenendgrundstücken in Bergens Busch, wozu es lediglich einen Vortrag, jedoch keine Abstimmung gegeben hatte.

Frau Nußbeck verwies darauf, dass seitens der Verwaltung begründet wurde, dass eine Umsetzung nicht möglich ist und der Ausschuss diese Erklärung akzeptiert hat.

Auf das Personalentwicklungskonzept eingehend merkte **Herr Schönemann** an, dass die Aussagen dazu bisher zu unverbindlich sind. An Frau Nußbeck gerichtet fragte er nach dem Aufwand und dem zeitlichen Horizont und merkte an, dass die letzten Jahre diesbezüglich nicht zufriedenstellend waren. Für die nächsten Jahre ist eine klare personelle Konzeption, einschließlich eines entsprechenden Aus- und Weiterbildungsprogrammes, notwendig, da sowohl die Ausbildungsinhalte als auch die Anforderungen in der Verwaltung teilweise nicht mehr zeitgemäß sind.

Frau Nußbeck bezog sich auf ihre Aussage im vergangenen Jahr, dass das Thema aufgrund der unvollständigen Verwaltungsspitze nicht begonnen werden sollte. Nachdem diese nun wieder komplett ist, wurde zu diesem Thema vom Haupt- und Personalamt eine Beschlussvorlage erarbeitet, welche in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters behandelt wird. Es soll sich darüber verständigt werden, wie der Prozess in diesem Jahr durchgeführt wird. Es ist davon auszugehen, dass noch in diesem Jahr ein Konzept vorliegt.

Herr Weber unterstützte die Forderung von Herrn Schönemann. Es erfolgte oftmals der Hinweis, dass diese Angelegenheit in der Organisationshoheit des Oberbürgermeisters liegt und vom Stadtrat nur die Stellenpläne und das Geld bewilligt werden müssen. Jedoch liegt auch das Budgetrecht beim Stadtrat. Wenn nicht gesagt wird,

dass die Organisation der Stadtverwaltung besser ist als die, die immer wieder vom Stadtrat angeregt wird, müsse irgendwann über die Finanzen nachgedacht werden.

Frau Nußbeck entgegnete, dass es sich bei den von Herrn Weber angesprochenen Dingen nicht um das Personalentwicklungskonzept handelt. Dabei geht es darum, wie sich die Verwaltung für die Zukunft aufstellt, mit welchen Mitteln Personal nachgezogen wird und welche Instrumente genutzt werden. Im Jahr 2009 wurde eine Untersuchung von Rödel & Partner durchgeführt, bei der 80 % der Verwaltung durchleuchtet wurden. Dennoch wird die Struktur immer wieder in Schritten angepasst. Das Personalentwicklungskonzept wird keine komplette Strukturanalyse der Verwaltung sein, sondern es wird der Instrumentenkoffer sein, wie man sich für die Zukunft hinsichtlich der Personalentwicklung aufstellen will.

Ende der gemeinsamen Sitzung.

Die gemeinsame Sitzung wurde um 18:45 Uhr geschlossen.

6.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2016 und Folgejahre Vorlage: BV/382/2015/II-20

7 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Der **Ausschussvorsitzende** gibt die in nichtöffentlicher Sitzung des Finanzausschusses am 20.01.2016 gefassten Beschlüsse bekannt:

8.1. Unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen 2006 bis 2008 einschließlich steuerlicher Nebenleistungen für einen Gewerbetreibenden in Höhe von 51.690,67 EUR (Personen-Nr.: 02003172) Vorlage: BV/395/2015/II-20

Abstimmungsergebnis:

8/0/1 – mehrheitlich beschlossen

8.2. Unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderung 1995, 1998, 1999 und 2002 einschließlich steuerlicher Nebenleistungen insgesamt in Höhe von 57.231,63 EUR. (Personen-Nr.: 02200701 und 02200478) Vorlage: BV/405/2015/II-20

Abstimmungsergebnis:

8/0/1 – mehrheitlich beschlossen

8.3. Unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen 2002 und 2003 einschließlich steuerlicher Nebenleistungen. (Personen-Nr.: 02004609) Vorlage: BV/407/2015/II-20

Abstimmungsergebnis:

8/0/1 – einstimmig beschlossen

- 8.4. Unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerforderungen der Jahre 2002 bis 2010 einschließlich steuerlicher Nebenleistungen für einen eingetragenen Verein in Höhe von 329.731,26 EUR insgesamt.
(Personen-Nr.: 02006446)
Vorlage: BV/409/2015/II-20**

Abstimmungsergebnis:

8/0/1 – mehrheitlich beschlossen

8 Beschlussfassungen

- 8.1 Maßnahmebeschluss zur Beschaffung eines Rüstwagen für die Berufsfeuerwehr Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/035/2016/II-37**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0 – einstimmig beschlossen

Der **Ausschussvorsitzende** stellt Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Der **Ausschussvorsitzende** schließt die Sitzung des Finanzausschusses um 18:50 Uhr.

Dessau-Roßlau, 16.03.16

Hendrik Weber
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

M. Gohr
Schriftführer